

Forschungs-Praxis-Projekt

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten –
sozialräumliche Integration, städtische Identität und
gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 1. Netzwerktreffens am 7./8. Juni 2016



Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Gefördert durch:



Fachliche Begleitung:



Impressum

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
D-10969 Berlin

Dr. Bettina Reimann (Projektleitung)
Gudrun Kirchhoff
Ricarda Pätzold
Wolf-Christian Strauss
Henning Boeth

Telefon: +49 30 39001-191
E-Mail: reimann@difu.de
Internet: www.difu.de

Redaktion:

Klaus-Dieter Beißwenger

Grafik und Layout:

Steffi Greiner

Bildnachweise: Wolf-Christian Strauss

Inhalt

1.	Einleitung.....	5
2.	Impuls: Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk, Stadt Goslar.....	7
3.	Projektkommunen im Fokus – Besonderheiten, Gemeinsamkeiten, Handlungsoptionen Impuls: Dr. Bettina Reimann, Difu	8
4.	Erfahrungsaustausch in Gruppen.....	12
4.1	Gruppe 1: Wie Wissen über die Zuwanderergruppen erlangen? Daten- und	12
	Informationsgrundlagen	12
4.2	Gruppe 2: Strukturen – Koordination der Integrationsarbeit, Zusammenarbeit.....	13
	Stadt – Landkreis	13
4.3	Gruppe 3: Kommunale Handlungskonzepte – Verfahren, Inhalte, Akteure	16
5.	Impulse und Diskussionen.....	19
5.1	Panel 1: Kommunikations- und Begegnungsorte Impuls: Dieter Lehmann, Leiter des Amtes für Familie und Soziales, Stadt Schwäbisch Gmünd.....	19
5.2	Panel 2: Bildung, Ausbildung, Beschäftigung Impuls: Stefan Goller-Martin, Leiter des Amtes für Soziales und Familie, Stadt Ravensburg.....	21
5.3	Panel 3: Flüchtlingsarbeit in den Kommunen Impuls: Michael Göbel, Runder Tisch Willkommen in Wandlitz, Land Brandenburg	23
6.	Ausblick – Wie geht es weiter.....	25
	Impressionen	27
	Anhang	

Abbildungen

Abbildung 1:	Integrationsprozess in Schwäbisch Gmünd.....	19
Abbildung 2:	Integration als kontinuierlicher Prozess.....	21
Abbildung 3:	Netzwerkarbeit in Ravensburg.....	22
Abbildung 4:	Integrationsarbeit in Ravensburg.....	22
Abbildung 5:	Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde Wandlitz	23

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ fand am 7. und 8. Juni 2016 das erste Netzwerktreffen in Goslar statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter der neun beteiligten Projektkommunen, die Mitglieder des Projektbeirats sowie externe Referenten. Annähernd 40 Personen nahmen an diesem Erfahrungsaustausch teil.



Plenum

In unterschiedlichen Formaten wurden Themen erörtert, die sich zuvor im Rahmen der Auftaktgespräche in den beteiligten Kommunen als besonders relevant herauskristallisiert hatten. Dazu zählten die Verbesserung der Informationsgrundlagen über die zugewanderte Bevölkerung, Koordination und Steuerung vor Ort, eine strategisch-konzeptionelle Verankerung von Integration in den Kommunen, die Schaffung eines Kommunikations- und Begegnungsortes, Fragen der Ausbildung und Beschäftigung und nicht zuletzt der Umgang mit Geflüchteten.

Zu den drei letztgenannten Themen waren externe Referenten aus der kommunalen Praxis eingeladen, die über die jeweiligen Erfahrungen und Projekte in ihren Kommunen berichteten.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass (Neu-)Zuwanderung für die Entwicklung der Innenstädte ländlicher Kommunen von großer Bedeutung ist, sich aber in der konkreten Ausgestaltung vor Ort manchmal als schwierig erweist. Für die Stadt Goslar wurde zwischen innerstädtischer Altstadtentwicklung und (Neu-)Zuwanderung ein enger Bezug hergestellt. Aber auch für die anderen im Netzwerktreffen vertretenen Kommunen galt: Wenn die Altstädte zukünftig nicht nur historische Kulisse sein wollen, dann brauchen sie neue Bewohnerinnen und Bewohner. Dazu gehört auch, die Altstädte mit Wohnen und Arbeit lebendig zu halten. Grundsätzlich böten Kleinstädte gute Voraussetzungen für die Integration der Geflüchteten. Es stünde bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung, die erforderliche Infrastruktur sei meist vorhanden, und der lokale Arbeitsmarkt benötige neue Fachkräfte. Um diese Entwicklung zu befördern, müssen die lokale Wirtschaft und die privaten Wohneigentümer noch enger in Stadtentwicklungsprozesse eingebunden werden und mit der kommunalen Verwaltung zusammenarbeiten. Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Akteursgruppen spielen deshalb eine zentrale Rolle, erfordern aber gleichzeitig kommunale Ressourcen und qualifiziertes Personal.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Projektkommunen hoben hervor, dass das enorme bürgerschaftliche Engagement im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten die Kommunen vor neue Herausforderungen stellt. Gleichzeitig eröffneten sich hierüber neue Chancen der Vernetzung von Verwaltung und Ehrenamt. Die Integration von Zuwanderern gelinge besonders gut, wenn langfristig wirkende Strukturen aufgebaut und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorgebracht würden. Die Verwaltungsspitze, (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister müssten hierbei als Vorbild dienen und als Treiber wirken. Integration, so das Plädoyer, müsse als Querschnittsaufgabe begriffen und verankert werden. Bewährte Strukturen sollten dynamisch weiterentwickelt werden, so der allgemeine Tenor der Beteiligten.

Die hier nur kurz skizzierten Ergebnisse des Erfahrungsaustauschs werden im vorliegenden Bericht ausführlich dokumentiert.

Ganz herzlich danken wir dem Oberbürgermeister der Stadt Goslar, Dr. Junk, sowie den Verantwortlichen der Stadtverwaltung, vor allem dem Fachbereich Stadtplanung und dessen Leiter, Herrn Borrmann. Sie haben das Treffen in Goslar ermöglicht sowie uns bei Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung unterstützt. Außerdem danken wir den Referenten für ihre wertvollen inhaltlichen Impulse.

Für das Projektteam

Dr. Bettina Reimann

2. Impuls: Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk, Stadt Goslar



Dr. Oliver Junk

Die Altstadt von Goslar mit ihren unzähligen Fachwerkhäusern, der Kaiserpfalz sowie weiteren mittelalterlichen Baudenkmalern ist seit 1992 UNESCO-Weltkulturerbe, so dass Goslar ein beliebtes Touristenziel ist. Betrachtet man die Altstadt allerdings aus einer nicht touristischen Perspektive, wird schnell deutlich, dass die ehemaligen Funktionen dieses zentralen Stadtbereichs nicht mehr gänzlich gewährleistet sind. Die Gründe für diesen Funktionsverlust sind zum einen in dem veränderten Einkaufsverhalten begründet, welches insbesondere durch die Suburbanisierung von Einzelhandel und Dienstleistungen hervorgerufen wurde. Darüber hinaus ist Goslar eine schrumpfende Stadt in einer eher peripheren Lage, was sich negativ auf die Entwicklung der Mietpreise niederschlägt und umfangreiche Renovierungen und Sanierungen von Gebäuden als nicht rentabel erscheinen lässt.

Das mittelalterliche Erbe stellt letztlich eine Attraktion dar – ist gleichzeitig jedoch auch mit hohen Auflagen des Denkmalschutzes verbunden, die bürokratische und monetäre Herausforderungen bei der Sanierung von Gebäuden implizieren. Vor diesem Hintergrund agiert die Stadt Goslar in einem Spannungsfeld: Sie versucht einerseits, die Vorzüge des „Freilichtmuseums Altstadt“ zu nutzen, und ist andererseits bemüht, die Altstadt nachhaltig zu entwickeln, so dass die Funktionen Wohnen, Handeln und Wirtschaften hier wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Neben eigenen Initiativen und städtebaulichen Förderprogrammen (städtebaulicher Denkmalschutz) versucht die Stadt Goslar seit letztem Jahr, die Herausforderungen der zunehmenden Anzahl an Flüchtlingen als Chance zu betrachten und Wege zu finden, von der Situation zu profitieren. In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, dass Flüchtlinge nicht die alleinige Lösung für demographische Probleme im ländlichen Raum sein können, sie jedoch in Städten mit bestimmten Voraussetzungen positive Impulse geben können. Goslar als Mittelstadt mit verfügbarem Wohnraum, sozialer Infrastruktur und Bildungskapazitäten kann hier ein positives Beispiel sein. Die Wohnungsunternehmen, die in der teilweise sanierungsbedürftigen Altstadt Wohnraum besitzen, können beispielsweise direkt von langfristigeren Renditen profitieren, die sich im Umkehrschluss auf die städtebauliche Qualität auswirken können.

Als weitere große Herausforderung für Goslar – wie auch für einen Großteil der ländlichen Gemeinden in Deutschland und für die anderen Projektkommunen – ist das altersgerechte Wohnen zu nennen. Auch hier verfügt die Stadt Goslar mit ihrem bezahlbaren Wohnraum, der vorhandenen Infrastruktur sowie ihrer Größe und ihrem Stadtbild über gute Voraussetzungen, ein lebenswerter Ort für ältere Menschen zu sein. Um diese Voraussetzungen optimal zu nutzen, bedarf es jedoch nachhaltiger Investitionen in den Bestand. Darüber hinaus müssen Netzwerke und Strukturen entwickelt werden, die für die älteren Bewohnerinnen und Bewohner sowie die ankommenden Flüchtlinge wichtige Bezugspunkte darstellen und als wichtige Bausteine bei der nachhaltigen Entwicklung der Altstadt angesehen werden können. Dies sind Ziele und Vorhaben, die im Rahmen des Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ verfolgt werden sollen.

3. Projektkommunen im Fokus – Besonderheiten, Gemeinsamkeiten, Handlungsoptionen

Impuls: Dr. Bettina Reimann, Difu

Einführung

Zuwanderung fordert Städte und Gemeinden heraus. Ungeachtet der damit verbundenen Chancen und Probleme ist sie eine Tatsache, der sich Kommunen zu stellen haben. Auch wenn Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse auf Bundes- und Länderebene liegen, ist es Aufgabe der Kommunen, Integration vor Ort zu gestalten.



Dr. Bettina Reimann

Das Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ zielt auf die Förderung der sozialräumlichen Integration, die Verbesserung der Teilhabechancen von Zuwanderern (inklusive Neuzuwanderer/Geflüchtete) und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Ein Projektfokus liegt auf der Entwicklung der Zentren und Innenstädte. Es soll darauf hingewirkt werden, integrations- und stadtentwicklungspolitische Handlungsansätze zu verknüpfen.

Im Zusammenspiel von baulich-infrastrukturellen und sozial-integrativen Maßnahmen und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure sollen positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben sowie die Stabilisierung der (Innen-)Städte ausgelöst werden. Das Projekt will im Ergebnis Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure gewinnen sowie Empfehlungen zur Verbesserung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze und zur Verknüpfung mit anderen strategischen Politikfeldern erarbeiten.

„Blitzlichter“ aus den Projektkommunen

In den vergangenen Wochen besuchte das Projektteam des Difu die neun mitwirkenden Projektkommunen vor Ort. Zum Projektauftritt wurde jeweils ein Gruppengespräch geführt; daran schlossen sich im Zeitraum April bis Juni 2016 Gruppen- und Einzelinterviews an. Die bislang vorliegenden Eindrücke werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt. Die Darstellung hat bewusst einen etwas plakativen und zugespitzten Charakter.

Germersheim – kleine Stadt mit großer Festung

Die Innenstadt der ehemaligen Garnisonsstadt Germersheim besitzt trotz durchgeführter Sanierungsmaßnahmen eine eher geringe Anziehungskraft und Aufenthaltsqualität. Dort leben viele türkischstämmige Migrantinnen und Migranten. Trotz des insgesamt recht hohen Anteils von Zuwanderern ist mit Blick auf das soziale Zusammenleben eher von einem Neben- als von einem Miteinander die Rede. Auch sind Zuwanderer bislang kaum in der Kommunalpolitik repräsentiert.

Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung werden im Rahmen der Städtebauförderung realisiert und sind häufig partizipativ angelegt. Im Rahmen der 2015 gestarteten Teilnahme am Städtebauförderprogramm *Aktive Stadt- und Ortsteilzentren* wurden bereits erste Zukunftswerkstätten und Untersuchungen durchgeführt. Für das Vielfalt-Projekt bieten sich hier möglicherweise Synergieeffekte.

Goslar – Altstadt mit mehr Leben füllen

Goslar, die größte der teilnehmenden Projektkommunen, besitzt eine großflächige Altstadt, die als UNESCO-Weltkulturerbe eine große touristische Anziehungskraft entfaltet. Gleichwohl ist die Innenstadt ruhig, was einerseits als Merkmal für eine gute Wohn- und Lebensqualität wertgeschätzt wird, andererseits, insbesondere bei jüngeren Menschen, den Vorwurf „es passiert nichts“ hervorruft. Als schrumpfende Stadt ist Goslar darum bemüht, für Geflüchtete Anreize zu schaffen. Integration ist allerdings noch mit Leben zu füllen, was auch bedeutet, sie strukturell und konzeptionell zu untersetzen. Hauptträger der bisherigen Integrationsarbeit sind engagierte Vereine und ehrenamtlich Aktive. Innerhalb der Kommune befinden sich erforderliche Strukturen im Aufbau. Die Beteiligung der (Neu-)Zuwanderer im Zusammenhang mit der Altstadtentwicklung ist bislang keine Selbstverständlichkeit. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte für das Vielfalt-Projekt, zumal die Altstadt in Teilen Programmgebiet des Städtebaulichen Denkmalschutzes ist.

Ilmenau – eine „Brücke“ zwischen Campus und Innenstadt schlagen

Ilmenau als Hochschulstandort (TU) zeichnet sich durch eine internationale Bevölkerung aus. Die zugewanderten Studentinnen und Studenten gehören zum Alltag, leben jedoch größtenteils auf dem Campus und sind in der Innenstadt kaum präsent. Ein städtebauliches Projekt soll dazu beitragen, der Bipolarität zwischen Campus und Innenstadt entgegenzuwirken. Die Fischerhütte, eine Industriebrache, soll als Bildungs- und Weiterbildungszentrum entwickelt werden. Diese gleichermaßen städtebauliche wie integrationspolitische Maßnahme soll als Brücke vom Campus zur Innenstadt fungieren. Die Stadt setzt sich gemeinsam mit der TU dafür ein, das Gelände zu erwerben. Ein dickes Brett muss hier gebohrt werden, denn das Gelände (Eigentum des Bundes) wird durch die TLG, ein börsennotiertes Gewerbeimmobilienunternehmen, vermarktet.

Michelstadt – Integration zum städtischen Thema machen

Die historische Altstadt von Michelstadt dient insbesondere als Wohnstandort für gut situierte ältere Bürgerinnen und Bürger, weniger für Familien, denn es fehlt an Grünflächen und Parkplätzen, auch der Einzelhandel hat strukturelle Probleme. Geplant ist, die Eingangsbereiche zur Altstadt mit Mitteln aus dem Stadtumbau aufzuwerten, um die städtebauliche Qualität zu steigern.

Michelstadt hat eine lange Zuwanderungstradition. Insgesamt gibt es eine hohe Ortsverbundenheit der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung. Teil des gesellschaftlichen Lebens sind gut organisierte und aktive Religionsgemeinschaften. Trotz starker Zuwanderung ist Integration bisher kein städtisches Thema. Dies soll sich ändern: Integration soll zukünftig stärker konzeptionell und strategisch aufgestellt werden. Hierfür soll das Vielfalt-Projekt genutzt werden.

Mühlacker – Integration konzeptionell unterfüttern

Mühlacker verfügt im Gegensatz zu den anderen Projektkommunen nicht über ein historisches Stadtzentrum. Die Innenstadt ist durch Nachkriegsbauten geprägt, die in einigen Straßenzügen vorwiegend durch ethnische Ökonomien genutzt werden. Mühlacker hat einen hohen Anteil an Zuwanderern. Diese leben überwiegend in der Innenstadt. Mit Blick auf die Integrationsarbeit haben sich vielfältige Netzwerke und Unterstützungsangebote ausgebildet. Die Stadt plant im Zu-

sammenhang mit dem Vielfalt-Projekt die Erarbeitung eines Integrationskonzepts und hat bereits eine Steuerungsrunde eingerichtet. Es gibt ein breites Spektrum an Ideen für integrationsrelevante Einzelmaßnahmen.

Saarlouis – Balance zwischen Zentrum und Ortsteilen herstellen

Die Innenstadt nimmt in Saarlouis eine sehr zentrale Funktion ein. Mit Blick auf die Ortsteile am Stadtrand, die als Soziale-Stadt-Gebiete definiert sind, ist ein soziales Gefälle wahrnehmbar. Der öffentliche Raum hat eine eher geringe Aufenthaltsqualität und bietet bislang eher wenige Gelegenheiten für die Ausbildung eines öffentlichen Lebens und das Zusammentreffen der Menschen. Er soll zukünftig stärker als Raum für Begegnung und Integration weiterentwickelt und genutzt werden.

Die Zuwanderer wohnen konzentriert in eher schwierigen Stadtteilen, in denen zum großen Teil auch Flüchtlinge untergebracht sind. Hierbei werden Segregationsprozesse beobachtet; sie werden in Zusammenhang gebracht mit so unterschiedlichen Entwicklungen wie hochpreisigem Bausehen, der Konzentration sozialer bzw. preiswerter Wohnungsbestände und der Wohneigentumsbildung von Migranten.

Steinfurt – auf dem Engagement in der Doppelstadt weiter aufbauen

Steinfurt ist eine Doppelstadt, die durch einen Landschaftspark getrennt ist. Die beiden prägenden Stadtteile weisen jeweils eigene Identifikationsmuster (besonders in der gut erhaltenen Altstadt Burgsteinfurt) auf. Die Altstadt wurde in der Vergangenheit durch Städtebauförderprogramme aufgewertet; Funktionsmängel, die sich in vereinzelt leerem Leerstand äußern, sind jedoch nicht zu übersehen. Das Thema Geflüchtete ist in der Bevölkerung noch positiv besetzt. Es gibt engagierte Unternehmer, die vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels unterschiedliche Überlegungen dazu anstellen, wie Geflüchtete in Arbeit zu bringen sind.

Steinfurt besitzt eine engagierte Bürgerschaft. Es gibt vielfältige Netzwerke und Unterstützungsangebote. Im Zusammenhang mit dem Vielfalt-Projekt wurde bereits eine verwaltungs- und akteursübergreifende Steuerungsrunde implementiert.

Weißenfels – in der Arbeiterstadt auf die starke Zivilgesellschaft setzen

Weißenfels ist eine Arbeiterstadt und leidet noch immer am Niedergang der Schuhindustrie nach der Wende. Die wirtschaftliche Basis der ehemaligen Schuhindustriestadt Weißenfels ist mittlerweile die Lebensmittelindustrie, die im Wesentlichen von einem großen Konzern betrieben wird. Die barocke Altstadt wurde teilweise aufgewertet, weist jedoch noch immer Funktionsmängel auf. Ihr fehlen attraktive Gastronomie- und Einzelhandelsangebote sowie Orte für Jugendliche. Erfolgreiche Sportvereine und eine sehr aktive, jedoch kleine bürgerliche Elite prägen die zivilgesellschaftlichen Strukturen und machen sich für die Integration von Geflüchteten stark.

Zittau – für eine schöne Stadt Anknüpfungspunkte für Optimismus schaffen

Zittau ist als peripher gelegene Grenzstadt von Schrumpfung stark betroffen. Der vorhandene Stadtkörper ist für die aktuelle Einwohnerzahl zu groß. Gleichzeitig eröffnen sich hierdurch auch Chancen. Es entstehen Raumpotenziale in der Innenstadt, die als Begegnungsorte genutzt werden könnten. Dies scheint auch dringend notwendig zu sein, denn die Innenstadt pulsiert nicht. Der Einzelhandel ist als Zugpferd zu schwach, um für Belebung zu sorgen. Die Abwanderung der Jugend wird als schmerzhaft erlebt, aber angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage als folgerichtig

bewertet. Die Zuwanderung von außen wird ambivalent gesehen. Integrationsvoraussetzung wären lukrative Arbeitsplätze.

Eine erste Querschau auf die Projektkommunen

So unterschiedlich die beteiligten Kommunen auch sind, es fallen doch einige Gemeinsamkeiten auf, die im weiteren Verlauf des Forschungs-Praxis-Projekts handlungsrelevant werden können:

- Der Anteil der Migrantinnen und Migranten ist vielerorts hoch. Gleichzeitig fällt auf, dass kaum Datenmaterial verfügbar ist, das Auskunft über deren soziale Situation und genaue Verteilung im Stadtraum gibt.
- Das Thema Integration scheint in der Kommunalpolitik – wie die Repräsentation von Migrantinnen und Migranten in der Politik – bisher wenig untersetzt; zudem sorgen unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen Landkreisen und Kommunen für strukturelle Herausforderungen.
- Integrierte Handlungskonzepte (Integrationskonzepte) sind in den Kommunen bislang kaum vorhanden.
- Die Integrationsarbeit ist in den meisten Kommunen durch ein breites Spektrum an Akteuren (häufig Vereine und religiöse Gemeinschaften) und ein hohes ehrenamtliches Engagement gekennzeichnet. Aktive Einzelpersonen nehmen eine Schlüsselrolle ein. Möglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind vielerorts ein Thema.
- Intermediäre Organisationen sind entscheidende Akteure (Mittler und Brückenbauer) im Integrationsgeschehen. Von Kommunen werden Migrantenorganisationen bislang noch zu wenig als strategische Partner wahrgenommen.
- Die Innenstadtentwicklung hat einen festen Platz auf der städtischen Agenda: Städtebaufördermittel kamen und kommen zum Einsatz. In einigen Kommunen klaffen das attraktive bauliche Erscheinungsbild (saniert, mancherorts „herausgeputzt“) einerseits und die Nutzung sowie die Bedeutung für die Stadtgesellschaft andererseits auseinander. Die Rolle der Stadtzentren für die Themen Nachbarschaft, Zusammenleben und Teilhabe ist bislang noch eher vage. Ein Austausch zwischen Bewohnenden, Gewerbetreibenden und Immobilieneigentümern könnte hierbei neue Impulse geben.
- Die Präsenz junger Menschen wird in vielen Innenstädten vermisst. Es stellt sich die Frage nach Anreizen für junge Menschen. Und: Sind diese in der Innenstadt überhaupt willkommen?
- Grundsätzlich wird das Zusammenleben bzw. die erlebte Vielfalt der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen eher als ein Neben- denn als ein Miteinander wahrgenommen.
- Die Bedarfe und Befindlichkeiten von Neuzuwanderern/Flüchtlingen und „Bestandsmigranten“ (Einheimische mit Migrationshintergrund) scheinen unterschiedlich. Das Thema Geflüchtete verstärkt Konflikte/Ängste in der Stadtgesellschaft; gleichzeitig gibt es ein hohes ehrenamtliches Engagement.
- Meistens gelingt es, die Geflüchteten dezentral unterzubringen. Darüber hinaus besteht ein hoher Bedarf an Räumlichkeiten und Orten für interkulturelle und soziokulturelle Begegnungen.

Um die Projektziele zu erreichen, wurden in den Kommunen bereits erste Initiativen in Gang gebracht. So wird in einigen Kommunen über die Entwicklung eines Integrationskonzeptes nachgedacht. In anderen soll die Einbindung migrantischer Immobilienbesitzer in Stadtentwicklungsprozesse verstärkt und die Verknüpfung der Integration mit bestehenden Städtebauförderprogrammen ausgebaut werden. Für die Projektorganisation wurden bereits Steuerungs- oder Lenkungsgruppen eingerichtet.

In den für Herbst 2016 vorgesehenen Reflexionsworkshops mit dem Difu sollen Handlungsoptionen weiterentwickelt bzw. ausgebaut werden. Entsprechende Maßnahmen können sich auf Strategien und Konzepte, Strukturen und Netzwerke sowie auf konkrete Projekte richten.

4. Erfahrungsaustausch in Gruppen

4.1 Gruppe 1: Wie Wissen über die Zuwanderergruppen erlangen? Daten- und Informationsgrundlagen

Moderation: Dr. Bettina Reimann

Der Erfahrungsaustausch in Gruppe 1 „Wie Wissen über die Zuwanderergruppen erlangen? Daten- und Informationsgrundlagen“ befasste sich im Schwerpunkt mit zwei Themenblöcken:

1. Bewertung der Datenlage (Was ist gut? Was fehlt? Wie und aus welchen Quellen werden die Daten gewonnen? Wo laufen die Daten zusammen?)
2. Unterstützungsmöglichkeiten des Difu und des Vielfalt-Projektes

An dem Erfahrungsaustausch nahmen Vertreterinnen und Vertreter von fünf Projektkommunen sowie ein externer Referent teil. In der Bewertung der Daten- und Informationsgrundlagen spielte der gegenseitige Erfahrungsaustausch eine wichtige Rolle. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen diskutierten, aus welchen Erfahrungen sich einerseits Tipps für andere Kommunen ableiten lassen und was andererseits vermieden werden sollte.

Zu 1. Bewertung der Datenlage

Die Anwesenden diskutierten darüber, wie sie die Daten- und Informationsgrundlagen bezogen auf Zuwanderer bewerten, auch im Hinblick auf eine stadträumliche Aufbereitung der Daten. In der Diskussion wurde zwischen quantitativen Aspekten einerseits („harte Fakten“, „nackte Zahlen“, z.B. über Geflüchtete, Ausländerinnen/Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund, und damit zusammenhängende Daten zu Alter, Geschlecht, sozialer Lage etc.) und qualitativen Aspekten andererseits („Wie ticken die Zuwanderer?“, Bedarfe, Wünsche, Interessen etc.) unterschieden. Festgestellt wurde, dass sowohl im quantitativen als auch im qualitativen Bereich Wissen und Informationsgrundlagen sehr unvollständig sind. Es fehle vieles, und das, was vorliege, weise keine Systematik auf. Vorliegende Daten bezögen sich meist auf Ausländerinnen/Ausländer und aktuell auf Geflüchtete. Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund sei nicht systematisch erfasst. Weitgehend Einigkeit bestand, dass man in den Projektkommunen in der Regel nicht genau wisse, wo welche Zuwanderer in der Stadt wohnen.

Eine quartiers- oder stadtteilorientierte Auswertung der Daten über Zuwanderer liegt in den Projektkommunen nur in Ausnahmefällen vor (z.B. Hochrechnung von Schuldaten in Mühlacker), und auch hier werden die Daten als ungesichert und fehlerbehaftet bezeichnet. Dies hatte in der Vergangenheit u.a. den Effekt, dass Umfragen, für die gezielt Personen mit Migrationshintergrund angesprochen werden sollten, nicht gezielt und in der richtigen Sprache adressiert werden konnten und die Rückläufe entsprechend schlecht ausfielen.

Viele der Projektkommunen haben sich kreative Wege der Informationsermittlung und Datenbeschaffung erschlossen. Neben den Daten aus dem Einwohnermeldeamt werden beispielsweise Informationen und Daten über Flüchtlingslotsen gesammelt (Steinfurt). Auch wird versucht, über vorliegende Erkenntnisse aus „Sinus-Milieustudien“ Informationen zu quartiersbezogenen Besonderheiten zu erlangen (Steinfurt). Andere Ansätze richten sich darauf, repräsentative bzw. breit angelegte Bürgerumfragen, die Erkenntnisse für das Thema Zuwanderung bringen, zu erweitern (Mühlacker).

Bezogen auf die aktuellen Daten- und Informationsgrundlagen zu Geflüchteten wurde berichtet, dass der Landkreis die Daten an unterschiedliche Stellen und Abteilungen in den jeweiligen Kommunen verteilt. In Weißenfels gingen diese Daten an die Integrations- und Gleichstellungsbe-

auftragte, in Mühlacker an das Ordnungsamt, in Steinfurt an den Fachdienst Soziales und in Ilmenau an den Oberbürgermeister.

Festgestellt wird auch, dass den Ehrenamtlichen, die mit Flüchtlingen arbeiten, eher wenige Informationen und Daten vorliegen, was deren Arbeit erschwert.

Zu 2. Unterstützungsmöglichkeiten

Das Difu berichtete, dass sich innerhalb des Vielfalt-Projektes eine Möglichkeit bietet, in jeder Projektkommune die stadtweite und quartiersbezogene Verteilung der Menschen mit Migrationshintergrund durch einen externen Dienstleister zu ermitteln. Grundlage ist das Einwohnermelderegister, dessen Daten auf Basis zu bestimmender Stadträume (in Abstimmung mit der jeweiligen Kommune) nach Staatsangehörigkeit, Herkunftsländern, Alter, Geschlecht, Familienstatus und Religionszugehörigkeit kleinräumig ausgewertet werden. Das Angebot wird von den Anwesenden begrüßt. Fragen, die im Vorfeld der Beauftragung zu klären seien, richteten sich auf die Möglichkeit der regelmäßigen Fortschreibung der Daten (Häufigkeit, Kosten) sowie die Einbeziehung der Geflüchteten in die Erhebungen.

Darüber hinaus wurde jedoch auch hervorgehoben, dass qualitative Daten fehlen, z.B. zu der Frage, ab wann sich Zuwanderer integriert fühlen. Wichtig für die kommunale Integrationsarbeit sei das Wissen darüber, was Zuwanderer wollen, wo ihre Bedarfe und Interessen liegen und wie sie „ticken“.

Das Difu bot vor diesem Hintergrund an, vorliegende themenrelevante Studien zu recherchieren und hinsichtlich Methodik, Stichprobe und Bewertung der Ergebnisqualität überblicksartig aufzubereiten. Hierbei würde es sich vermutlich in der Regel um universitäre Einzelarbeiten handeln, nicht um kommunale Umfragen. Auch dieses Angebot wird von den Teilnehmenden des Erfahrungsaustausches begrüßt.

4.2 Gruppe 2: Strukturen – Koordination der Integrationsarbeit, Zusammenarbeit Stadt – Landkreis

Moderation: Gudrun Kirchhoff

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe orientiert sich an drei Fragestellungen:

1. Bewertung der kommunalen Strukturen: Welches sind die Vor- und Nachteile? Welche Elemente sind wichtig?
2. Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis organisiert und wie funktioniert sie?
3. Was müsste geändert oder verbessert werden?

In der Arbeitsgruppe sind fünf Projektkommunen (Stadt Goslar durch Sylvia Anders, Germersheim durch Serge Pütter, Michelstadt durch Stefan Kelbert, Steinfurt durch Maria Lindemann und Zittau durch Ralph Höhne) vertreten, ebenso fünf Mitglieder des Projektbeirats (Silke Andresen, Karl-Dieter Keim, Kenan Küçük, Henning Nuissl, Wiebke Schindel).

Zu Beginn berichtet Gudrun Kirchhoff in einem kurzen Impuls-Beitrag über die vorliegenden Erkenntnisse zu den Rahmenbedingungen und Strukturen erfolgreicher kommunaler Integrationspolitik. Dies sind, zusammengefasst in Stichworten, folgende:

- Integration muss Chefsache sein.
- Integration muss als querschnittsorientierte Aufgabe in den Regelstrukturen verankert sein.
- Integration braucht einen „Kümmerer“, der die Aufgabe nach innen und außen koordiniert und vernetzt.

- Integration braucht ein gut funktionierendes Netzwerk unter Einbindung wichtiger Akteure aus der Zivilgesellschaft, insbesondere von Vertreterinnen und Vertretern der Migrantengemeinschaften.
- Integration braucht ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen.
- Integration muss als kommunale Aufgabe politisch legitimiert sein (Stadtratsbeschluss).
- Es bedarf einer guten Kooperation und Aufgabenteilung zwischen Landkreis und Stadt bzw. Gemeinde.
- Die Verwaltung muss sich interkulturell öffnen.
- Es ist ein Integrationsmonitoring einzusetzen.

Die am häufigsten vorgefundene Struktur in den beteiligten Kommunen ist die Einsetzung eines/einer Integrationsbeauftragten, häufig gekoppelt mit der Zuständigkeit für weitere Themenbereiche wie Gleichstellung oder Kinder und Jugend. Manchmal ist die Beauftragtenfunktion rein ehrenamtlich und wird z.B. durch einen Stadtrat wahrgenommen. Integration als kommunale Aufgabe ist in der Regel an den Bereich Familie, Jugend und Soziales angedockt. In einigen Kommunen gibt es zudem gut funktionierende Netzwerke (Beispiel Weißenfels), andere wiederum haben eine Lenkungs- oder Steuerungsgruppe eingerichtet (Beispiele Mühlacker und Steinfurt).

Die Positionen zur Frage der Strukturen sind sehr heterogen. Einige votieren für ein klares Bottom-up-Prinzip. Integration finde in der Gesellschaft statt und sei keine Frage von Verwaltungsstrukturen mit entsprechend eingesetztem Personal. Die Aktivitäten zur Integration müssten aus der Bürgerschaft kommen, die Kommune habe dann die Aufgabe der Begleitung und Unterstützung, aber nicht der Initiierung. In Zittau gibt es beispielsweise eine Arbeitsgruppe der Stadt gemeinsam mit dem Landkreis, die sich monatlich trifft. An den Treffen sind neben Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung die Träger der Integrationsarbeit (Wohlfahrtsverbände), der Ausländerbeirat der Stadt, die Hochschule und einzelne aktive Bürgerinnen und Bürger beteiligt. In diesem Kreis werden die jeweils aktuelle Situation der Flüchtlingszuwanderung und Probleme besprochen.

Kenan Kucuk erinnert daran, dass Deutschland eine lange Zuwanderungstradition hat und bereits sehr viele Menschen gut integriert sind. Deutschland fange leider immer wieder von vorn an, dabei könne man auf Bewährtem aufbauen und dies weiterentwickeln. Das Thema Zuwanderung müsse selbstverständlicher werden, sich im Bewusstsein der Akteure und im Verwaltungshandeln deutlicher verankern. Mit einem klaren Selbstverständnis würden Krisen, wie die starke Flüchtlingszuwanderung, die Verantwortlichen weniger „aus dem Konzept“ bringen.

Angesichts der Flüchtlingszuwanderung und der in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme müssten die Strukturen, die in den letzten 20, 25 Jahren aufgebaut wurden, reflektiert und überprüft werden. Dazu zählten auch die Überprüfung vorhandener Netzwerke und die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Stadt bzw. Gemeinde. Man sei im Moment zu stark auf Ad-hoc-Maßnahmen der Verwaltung zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge fokussiert. Diese seien notwendig, doch die eigentliche Aufgabe sei die langfristige Gestaltung kommunaler Integrationspolitik. Die integrationspolitische Debatte dürfe nicht auf die Flüchtlinge reduziert werden, warnt Frau Schindel. Integration müsse langfristig als Querschnittsaufgabe gedacht und entsprechend implementiert werden. Es sei eine neue Qualität im Hinblick auf die Strukturen, dass Integration erstmals als Querschnittsthema wahrgenommen wird. An Bewährtem anzuknüpfen, diesen Rat teilen alle Anwesenden, es bedürfe allerdings einer Dynamisierung des Prozesses, da sich die Anforderungen verändert hätten. Neue Parallelstrukturen müssten jedoch vermieden werden. Gerade die kleinen Städte und Gemeinden hätten die Chance, Integration als kommunale Aufgabe neu zu denken und aufzubauen.

Wichtig sei, dass das Thema in der Verwaltung kompetent repräsentiert sei und eine allgemeine Akzeptanz dafür geschaffen werde. Es bedürfe einer Person, die innerhalb der Verwaltung für das Thema steht und dafür wirbt. Dies könne nicht allein der Bürgermeister sein. Ein wichtiger Beitrag

zur Anerkennung der zugewanderten Bevölkerung könne auch der Aufbau einer Städtepartnerschaft sein. Von einem solchen Aufbau berichtet Herr Kelbert aus Michelstadt, wo die Stadt eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Datca in der Türkei anstrebt.

Die Flüchtlingszuwanderung habe neue Impulse gegeben für den Umgang mit Zuwanderung und Integration. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Initiativen bieten eine große Chance für die Verwaltung, das Netz mit der Zivilgesellschaft dichter zu knüpfen. Mit ihrem Engagement würden die Bürgerinnen und Bürger die Verwaltung herausfordern, und dies biete die Gelegenheit zum Aufbau neuer Strukturen, wie der Einrichtung eines Lenkungskreises in Steinfurt. Dies sei wirklich bottom-up entstanden und dann von der Verwaltung aufgenommen worden. Es seien insgesamt neue Kooperationen entstanden, die die vorhandenen Strukturen festigen, so Frau Lindemann zu den Entwicklungen in Steinfurt. Die Kommune habe trotz allem eine Lenkungsfunktion zur Koordination und Einbindung der ehrenamtlichen Aktivitäten. In anderen Kommunen konnten wiederum alte Strukturen und Netzwerke wiederbelebt werden.

Kritisch wird die Zusammenarbeit der Städte mit den Landkreisen gesehen. Teilweise seien die Strukturen zu komplex, insbesondere auf Kreisebene seien die verschiedenen Akteurskonstellationen wenig transparent. In den Städten würde zu wenig auf der konkreten Maßnahmenebene ankommen. Das Verhältnis zwischen Landkreis und Stadt sei daher schwierig, so Herr Kelbert. Der Kreis sei zu weit weg von den Problemen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, deshalb müsse die operative Ebene eher bei den Städten angesiedelt sein. Die Landkreise hätten die personellen Ressourcen, die auf der städtischen Ebene fehlen, um Integration gemeinsam mit der Bürgerschaft wirklich gestalten zu können. Die Kooperation zwischen Landkreis und Kommune müsse verbessert werden, hier seien allgemein Defizite erkennbar. Gerade im ländlichen Raum sei eine gute Kooperation entscheidend für den Erfolg von Programmen und Projekten.

Frau Schindel erläutert in diesem Zusammenhang die Aufgabe der so genannten WIR-Koordinatoren, die vom Land Hessen finanziert werden und bei den Landkreisen angesiedelt sind. Ihnen obliegen die Vernetzung der Akteure im Integrationsbereich, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die Förderung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur. Dabei geht es vor allem um eine strategische Ausrichtung der Integrationspolitik auf Landkreisebene in Kooperation mit den Städten und Gemeinden. Es gehe vor allem darum, die bestehenden Strukturen im Flüchtlingskontext zu bewahren und darauf aufzubauen. Integration sei ein langfristiger Prozess und benötige entsprechend nachhaltige Strukturen.

Im Kontext der Zuwanderung müsse auch über eine stärkere Vernetzung zwischen Kommune und Wirtschaft nachgedacht werden. Hier müssten neue Formen erprobt werden, so Herr Keim. Darüber hinaus votiert er für die Schaffung eines Stadtforums, als Plattform für den Austausch und die Verständigung mit der Bürgergesellschaft. Hier könnten die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft mit eingebunden werden. Initiator müsse die Verwaltung sein, die regelmäßig zu strittigen Themen einlädt und diese zur Diskussion stellt. Dadurch könnten gemeinsame Positionen erarbeitet werden, die die Stadt und ihre Entwicklung voranbringen.

Die Wirtschaft sei gegenüber Flüchtlingen aufgeschlossen, es bestünden allerdings große Unsicherheiten bezüglich der rechtlichen Rahmenbedingungen. Deshalb müssten die lokalen Unternehmen begleitet werden. Eine enge Kooperation der Arbeitsmarktakteure (Unternehmen, Jobcenter, Ausbildungsträger) mit der Kommunalverwaltung sei anzustreben. Dabei müssten die Arbeitsmarktchancen der Flüchtlinge auf regionaler Ebene betrachtet werden. Gerade im Bereich Ausbildung und Beschäftigung sei vor allem der Landkreis gefragt. Hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration sei Geduld vonnöten, dies gehe nicht von heute auf morgen. Um im Übergang den Geflüchteten eine Tagesstruktur zu geben und das Ankommen zu erleichtern, hat Germersheim z.B. Integrationsvereinbarungen eingeführt. Alle zugewiesenen Flüchtlinge werden zu 1-Euro-Jobs verpflichtet.

tet, wenn sie Leistungen nach dem SGB III beziehen. Dieses Konzept werde sowohl von den Geflüchteten als auch den Einheimischen positiv aufgenommen, erklärt Herr Pütter.

Nicht zuletzt müssten die Rahmenbedingungen für die Kommunen durch Bund und Land verbessert werden. Von einigen wird die mangelnde finanzielle Unterstützung der Länder beklagt, insbesondere im Bereich der schulischen Bildung.

4.3 Gruppe 3: Kommunale Handlungskonzepte – Verfahren, Inhalte, Akteure

Moderation: Wolf-Christian Strauss

Die Arbeitsgruppe 3 „Kommunale Handlungskonzepte – Verfahren, Inhalte, Akteure“ beschäftigte sich zunächst mit den Fragen, inwieweit in den acht Projektkommunen, die in der AG vertreten waren, bereits Konzepte (die auf die Themen Integration und Zuwanderung eingehen) oder vergleichbare Ansätze vorhanden sind, ob die Aufstellung eines Konzeptes angestrebt wird, und ob dieses Instrument für die kommunalen Aufgaben und Steuerungsanforderungen überhaupt geeignet sein kann. Hierbei lag der Fokus auf einem Austausch zwischen der wissenschaftlich orientierten Perspektive des Difu und den Praxiserfahrungen der Kommunen.

Dazu wurde zunächst ein kurzer Überblick zur Recherche bundesweiter Beispiele von Integrationskonzepten durch das Projektteam gegeben und Erfahrungen aus den anderen Difu-Projekten, die sich mit Fragen einer integrierten Stadt(teil)entwicklung beschäftig(t)en, erläutert. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (InSEK o.Ä.) weisen in der Regel eine deutliche Lücke bei einer Reihe eher weicher Handlungsfelder wie Gesundheit, Integration oder Zuwanderung auf – selbst sehr umfangreiche Konzepte, die auch soziale Handlungsfelder betrachten, klammern diese Themen häufig aus. Sie werden demnach den Aufgaben eines Integrationskonzepts nicht gerecht. Generell lässt sich feststellen, dass die eher baulich-städtebaulichen Konzepte Mängel bei der Betrachtung sozialer Themenfelder haben. Umgekehrt haben die eher sozialen Konzepte (auch Integrationskonzepte) Mängel bei der Verknüpfung mit den Themen Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung.

In der Diskussion zeigte sich auch, dass Konzepte, die sich mit Fragen der Integration beschäftigen, durchaus unter verschiedenen Titeln laufen können. Saarlouis legt beispielsweise den Fokus auf eine sehr umfangreiche gesamtstädtische Sozialplanung, die in stadtteilbezogene Handlungsempfehlungen mündet. Es werden verschiedene Namen für im Prinzip das gleiche Ziel verwendet.

Konzepte sind in manchen Bundesländern (z.B. Sachsen) als Grundlage erforderlich, u.a. um (Förder-)Mittel zu erhalten. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass gerade in den Projektkommunen aus den östlichen Bundesländern integrierte Stadtentwicklungskonzepte (deren Aufstellung Anfang der 2000er-Jahre teils umfangreich gefördert wurde) zu finden sind. Die vorhandenen Stadtentwicklungskonzepte besitzen aber einen starken baulich-städtebaulichen Fokus, wenngleich – wie im Konzept der Stadt Ilmenau – die Bestandsaufnahme auch breit auf soziale Themenfelder eingeht. Dagegen wurden in den Kommunen der westlichen Bundesländer (noch) keine integrierten Konzepte aufgestellt. Nur Germersheim arbeitet im Zusammenhang mit der Gebietskulisse des Förderprogramms „Aktive Stadtzentren“ derzeit an der Aufstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts. Allerdings werde dabei die Konzentration von Zuwanderern im Programmgebiet ausgeklammert, so der Vertreter aus Germersheim.

Überlegungen zur Aufstellung eines Integrationskonzepts gibt es derzeit in Zittau und Mühlacker. In Michelstadt wird die Frage einer Aufstellung noch diskutiert. Ilmenau sieht noch keine Notwendigkeit für eine konzeptionelle Verankerung der Aktivitäten – allerdings könne sich dies in Zukunft ändern. Steinfurt besitzt zumindest ein „theoretisches Handlungskonzept“ (Bereich Flüchtlinge), einen nicht schriftlich niedergelegten Handlungsrahmen („Folie“) für die Tätigkeit der Lenkungs-runde.

Im Rahmen der Diskussion wurden u.a. folgende Fragen aufgeworfen:

- *Ebene*: Auf welcher Ebene sind Integrationskonzepte sinnvoll? Integrationskonzepte sind zurzeit sowohl auf Ebene der Landkreise wie der Kommunen zu finden. Dabei haben diese deutlich unterschiedliche „Körnungen“ und Ziele. Problematisiert wurde im Rahmen der Diskussion, dass die Landkreise bei der Erstellung ihrer Konzepte oftmals kaum oder keine Rücksicht auf die Interessen und Bedarfe der Kommunen nehmen, diese ggf. sogar nicht beteiligen. Umgekehrt setzen sich die Landkreise über kommunale Ansätze oder Festlegungen hinweg und konterkarieren so kommunales Handeln. Offen blieb die Frage, wie man bei den Landkreisen eine Akzeptanz für die kommunalen Konzepte als „städtischen Weg“, als klare kommunale Willensäußerung, erreichen kann. Es wurde darauf hingewiesen, dass auch die Landesebene bei den Themen in ihrer Zuständigkeit oft wenig Rücksicht auf die kommunalen Belange nehmen (Beispiel Hochschulplanung).
- *Verantwortung*: In wessen Hand sollte die Erstellung von Integrationskonzepten liegen? Einigkeit bestand darüber, dass die Erstellung eines solchen Konzeptes originäre Aufgabe der Kommune ist – sie sollte dies selbst in der Hand behalten, und die Kommunen seien durchaus in der Lage, die Erstellung mit „Bordmitteln“ zu gewährleisten. Eine externe Beauftragung bzw. Unterstützung ist – abgesehen von beispielsweise der Moderation eines (ggf. kritischen) Beteiligungsprozesses – nicht erforderlich.
- *Flexibilität*: Sind Integrationskonzepte für die (aktuellen) Anforderungen an kommunales Handeln zu unflexibel bzw. zu starr? In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass man zwischen der akuten „Sondersituation“ des Umgangs mit Flüchtlingen und der „Normal- bzw. Standardsituation“ – gewissermaßen dem Integrationsalltag – unterscheiden sollte. Integrationskonzepte dienen vor allem dem strategischen, längerfristigen Blick und können nur den Rahmen für die „Akutsituation“ setzen. Andere Instrumente, wie akteurs- und ämterübergreifende Steuerungsrunden, sind für die schnelle Reaktion „en detail“ und den akuten Bedarf geeigneter. Allerdings können sie wahrscheinlich ein Konzept und seine Inhalte nicht dauerhaft ersetzen.
- *„Nachführen“/Anpassung*: Wie können Konzepte an sich ändernde Bedarfe (z.B. reduzierte Nachfrage nach „Deutsch-als-Zweitsprache“-/DaZ-Klassen aufgrund geringerer Zuwanderungszahlen) angepasst werden? Gerade im Bereich des Flüchtlingszuzugs bestehen in Teilen der Projektkommunen derzeit große Unklarheiten, die sich in einer hohen Planungsunsicherheit niederschlagen.
- *Zeit/Dauer des Prozesses*: Wie zügig kann ein Integrationskonzept erstellt werden? Wie kann verhindert werden, dass bei der verwaltungsinternen Abstimmung bzw. Beteiligung Fachhierarchien oder Ämteregoismen zu einer Verzögerung des Verfahrens führen („Verschleppung“)? Im Prinzip besteht das Interesse, so zügig wie möglich ein Integrationskonzept zur Hand zu haben, um damit arbeiten zu können. Allerdings benötigen solche Konzeptentwicklungsprozesse Zeit – zum einen weil ausreichend Raum für die Akteurspartizipation und Abstimmungsprozesse erforderlich ist, zum anderen weil die Erstellung in den meisten Fällen im Rahmen und neben der normalen kommunalen Alltagsarbeit erfolgen muss. Schnell bedeutet nicht gut – es benötigt ausreichend „Reifezeit“. Berichtet wurde von einem Fall aus einer größeren Stadt mit einer im Gegensatz zu den Projektkommunen stärker diversifizierten Verwaltungsstruktur. Dort benötigte der mit breiter Akteursbeteiligung unter Federführung eines Teilamtes entstandene Entwurf eines Konzepts in der verwaltungsinternen Abstimmung der fachlich (und vor allem auch finanziell) zuständigen Ämter ein Jahr. Solche Rückschläge können vermieden werden, wenn die Ämter „auf Augenhöhe“ und mit entscheidungsbefugten Personen Teil der am Prozess beteiligten Akteure sind (Beispiel Potsdam).
- *Gemeinderatsbeschluss*: Benötigen Konzepte einen Gemeinderatsbeschluss? Einige der Projektkommunen betonten, dass es in der Regel nicht ohne einen echten Gemeinderatsbeschluss gehe, wenn man die Inhalte tatsächlich als Handlungsgrundlage sichern möchte.

Aus Sicht der Kommunen können Integrationskonzepte dazu geeignet sein, aus der Situation des reinen Reagierens wieder in eine Position des (aktiven) Handelns zu kommen. Dafür braucht es einen Rahmen, an dem alle Akteure, die Verwaltung und die Politik „mitziehen können“ und der eine „Fassung“ bzw. Zusammenführung der in der jeweiligen Kommune vor Ort relevanten Themen und Projekte gewährleistet.

5. Impulse und Diskussionen

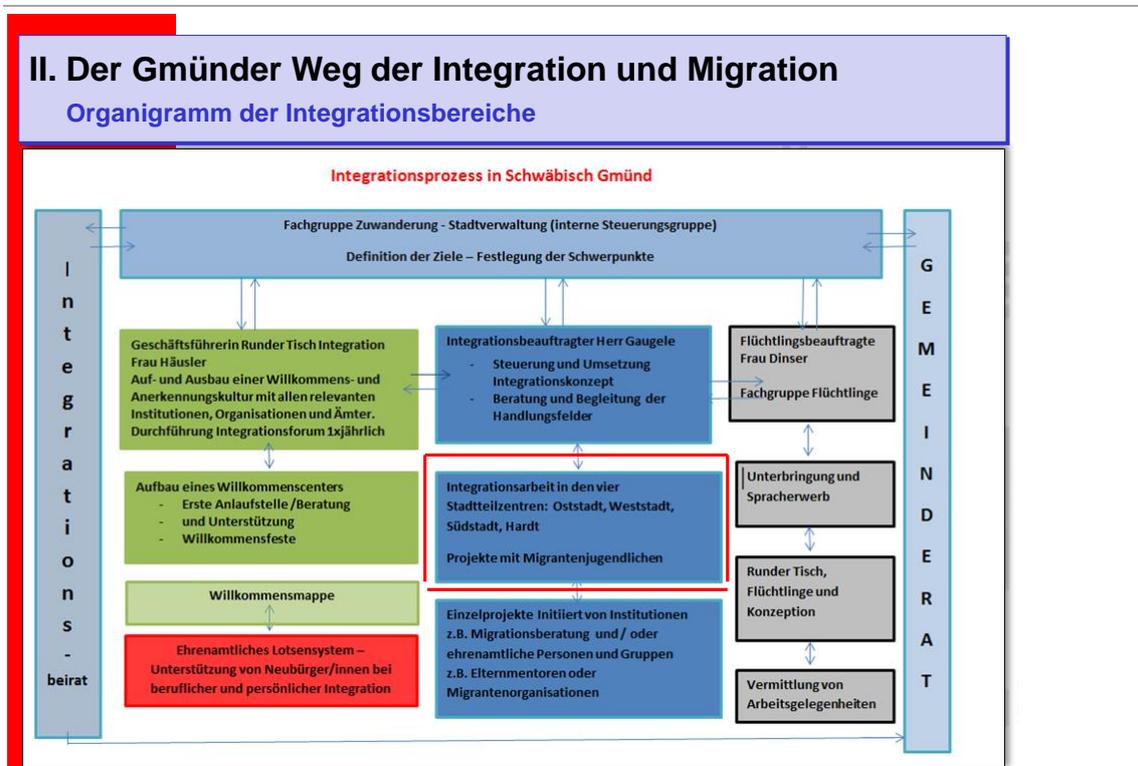
5.1 Panel 1: Kommunikations- und Begegnungsorte

Impuls: Dieter Lehmann,

Leiter des Amtes für Familie und Soziales, Stadt Schwäbisch Gmünd

Integration hat in der schwäbischen Stadt Schwäbisch Gmünd eine lange Tradition. Das schlägt sich in der Stadtverwaltung nieder, indem verschiedene Verwaltungsbereiche in das Themenfeld Integration involviert sind und eine Reihe von Institutionen (Integrationsbeauftragter, Flüchtlingsbeauftragter, Runder Tisch Integration, Integrationsbeirat) geschaffen wurden (vgl. Abb.). Neben grundlegenden Prinzipien, wie der Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe, Anerkennung und Respekt von kulturellen Unterschieden, besteht der Gmünder Weg der Integration unter anderem in der Schaffung von Orten der Begegnung und Kommunikation in den Quartieren.

Abbildung 1: Integrationsprozess in Schwäbisch Gmünd



Quelle: Präsentation Dieter Lehmann

Im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhabens „Orte der Integration im Quartier“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR, 2012–2014) wurde in Hardt – dem Stadtteil mit dem höchsten Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund – das „Bildungs- und Familienzentrum Hardt“ als Modellort eingerichtet. Aus dem ExWoSt-Programm stand dafür ein Budget von 70.000 Euro zur Verfügung. Die im Quartier vorhandenen Einzeleinrichtungen (Kindertagesstätte, Grundschule, Familienzentrum), die Schnittmengen in Angebot und Zielgruppe aufweisen, sollen in der öffentlichen Wahrnehmung eine Einrichtung (BiKiFa) werden. Oberziel ist es, die Bildungschancen zu verbessern, indem die Quartiersbewohnerschaft von der Geburt bis zum Übergang in eine weiterführende Schule begleitet wird. Das „Bildungs- und Familienzentrum“ soll zum Ort der Integration im Quartier werden.

Entscheidende Bausteine sind unter anderem der Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen, die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung, die Förderung von Ehrenamt und die stärkere Einbindung von privatwirtschaftlichen Unternehmen. Eben diese breite Palette an Akteuren ermöglicht die Entwicklung zahlreicher Angebote, die von Musikunterricht, Sprachförderung, aufsuchender Arbeit, Tagespflege bis zu unterstützenden und beratenden Angeboten reichen. Um die Quartiersbewohnerschaft an dem Projekt zu beteiligen, finden in regelmäßigen Abständen Bewohner- und Elternversammlungen statt, die den Austausch stärken sollen. Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch ehrenamtliche Mitwirkende unterstützt, die in speziellen Mentoring-Programmen ausgebildet werden.

Neben den neu erprobten Instrumenten und involvierten Akteuren, die im Programm miteinbezogen waren, ermöglichte der Aufbau des „Bildungs- und Familienzentrums“ darüber hinaus den Zugang zur Zielgruppe der Jugendlichen, die in bisherigen Fördermaßnahmen in Schwäbisch-Gmünd weniger berücksichtigt wurden. Ein weiterer positiver „Nebeneffekt“ durch das Projekt ist die Aufnahme des Stadtteils Hardt in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt, welches an den bereits geschaffenen Organisationen und Strukturen ansetzt.



Dieter Lehmann

Es lässt sich abschließend festhalten, dass die Kombination von Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen bei gleichzeitiger Bündelung von Angeboten sowie Förderung von Kooperationen und Netzwerken ein bedeutendes Potenzial für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund aufweist. Das Vorhandensein von 13 Stadtteilbüros als sozialräumliche Anlaufstellen unterstreicht die Ambitionen von Schwäbisch-Gmünd, Integration und Vielfalt über Kommunikations- und Begegnungsorte zu fördern.

In der anschließenden Diskussion wurde angemerkt, dass die aktive Wohnumfeldgestaltung durch Migrantinnen und Migranten eine sinnvolle Ergänzung eines derartigen Projektes sein kann, da sich so die Identifikation mit dem Quartier weiter stärken lässt. Auch die Ergänzung stationärer Kommunikations- und Begegnungsorte durch mobile und aufsuchende Jugendarbeit wurde als sinnvolle Ergänzung angesehen; in diesem Zusammenhang könnten die sozialen Medien an Bedeutung gewinnen.

Hinsichtlich der Frage, ob ein Modellort nach dem Schwäbisch Gmünder Vorbild im Stadtteil Hardt auch in der Stadtmitte erfolgreich sein könnte, wurde erläutert, dass für den Erfolg eines solchen Projektes die involvierten Akteure und Partner entscheidend sind – und weniger die geographische und sozialstrukturelle Lage. Als Schwäbisch Gmünder Besonderheit lässt sich anführen, dass die in der Stadt beschäftigten Quartiersmanager (aktuell vier) zunächst aus Projektmitteln finanziert wurden; die weitergehende Beschäftigung nach Projektende wird jedoch als elementar für eine nachhaltige Integrationsarbeit gesehen, und hierfür werden Haushaltsmittel bereitgestellt.

5.2 Panel 2: Bildung, Ausbildung, Beschäftigung

Impuls: Stefan Goller-Martin, Leiter des Amtes für Soziales und Familie,
Stadt Ravensburg

Die Kreisstadt Ravensburg bildet das Oberzentrum in der Wachstumsregion Bodensee-Oberschwaben und besitzt eine lange Migrationstradition. Integration ist in Ravensburg institutionell und programmatisch fest verankert: Es liegt ein Integrationskonzept vor, und die Stadt nimmt an diversen Forschungsprojekten (Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“) zum Thema Integration teil. Dass ein Integrationskonzept erarbeitet wurde, wird als hilfreich und unterstützend für die Gewinnung von Fördermitteln bewertet.

Integration wird in Ravensburg als ein kontinuierlicher Prozess verstanden, dessen wesentliche Komponenten Netzwerkarbeit, Vielfältigkeit und Integration über Arbeit sind. Als wichtigste Voraussetzung für eine gelungene Integrationsarbeit werden die Rolle des Oberbürgermeisters und die Unterstützung der Verwaltungsspitze erwähnt, da Integration „Chefsache sein muss“.

Abbildung 2: Integration als kontinuierlicher Prozess

Integration ist ein Prozess 	Integration ist ein Prozess 
<ul style="list-style-type: none">• bei öffentlichen Äußerungen (des OB/BM), auf Integrationsleistungen hinweisen• regelmäßige Besuche in Migrantenvereinen und Gespräche mit Vorstandsmitgliedern• Vorträge (Integrationsbeauftragter) in Schulklassen, bei Lehrkräften, in Vereinen, Verbänden und Parteien• Berücksichtigung des Themas Migration in der Sozialplanung (z.B. Altenhilfeplan, Familienbericht, Jugendhilfeplan)• Sitzungen/Besprechungen in Räumen von Migrantenvereinen	<ul style="list-style-type: none">• Statistiken erstellen und veröffentlichen z.B. In RV leben Menschen aus 112 Nationen, knapp 30 % der EinwohnerInnen haben Migrationsgeschichte• VIP-Listen mit Migranten ergänzen• Migrantenvereine in Informationsbroschüren aufnehmen• Bilder der Integration in Veröffentlichungen aufnehmen• Integration in Regelangebote (Kita, Schule, Sport)• Besuch in Moscheen und Teilnahme Fastenbrechen

Quelle: Präsentation Stefan Goller-Martin

Die Integrationsarbeit ist in Ravensburg prozesshaft angelegt. Dies umfasst z.B. die Durchführung diverser Veranstaltungen, Vorträge, Besuche bei Migrantenselbstorganisationen sowie eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Voraussetzung hierfür ist der Einsatz erforderlicher Personalressourcen (u.a. Integrationsbeauftragter, Flüchtlingsbeauftragter).

Netzwerkarbeit nimmt in den Ravensburger Integrationsbemühungen eine zentrale Rolle ein und wird von Politik und Verwaltung in gleichem Maße gefördert. Die Einbindung und Aktivierung der Privatwirtschaft soll besonders gefördert und unterstützt werden, um Migrantinnen und Migranten die Integration über den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Entsprechende Projekte wurden in der Vergangenheit erfolgreich umgesetzt. Beispiele hierfür sind Kochveranstaltungen von Migrantinnen und Migranten für die Ravensburger wie auch die Veranstaltung Schnittstelle, in deren Rahmen Flüchtlinge mit Unterstützung der lokalen Wirtschaft als Friseur tätig werden können. Ergänzt werden diese Projekte durch Patenschaften und ehrenamtliche Integrationshilfen, die den Weg in die Beschäftigung erleichtern sollen. Weitere wichtige Bausteine, um Zuwanderer in Arbeits- und Ausbildungsplätze zu vermitteln, sind Praktika, über deren rechtlichen Rahmen die Stadt die ansässigen Unternehmen aufklärt, womit sie für eine höhere Transparenz und Beschäftigung sorgt. Darüber hinaus werden in aufsuchender Arbeit die Bedarfe der Unternehmer ermittelt und in die Vermittlungsarbeit involviert.

Abbildung 3: Netzwerkarbeit in Ravensburg

Netzwerkarbeit 	Netzwerkarbeit 
<ul style="list-style-type: none"> • Neubürgerempfang • Einrichtung eines Gremiums, das sich mit Integration befasst und dem die Verwaltungsspitze und Gemeinderäte angehören • Projekt „Willkommen bei uns!“ – ehrenamtliche Integrationsbegleitung • Ressourcenerhebung und Beziehungsarbeit • Projekt „Mentoren für Jugendliche“ (ehrenamtliche Begleitung) • Brother and Sister (Patenschaften für StudentInnen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen als Projektträger Werbeagentur als Projektträger eines Kochprojekts Flüchtlinge sind Gastgeber für Unternehmen • Rechtlicher Rahmen für Praktikas klären • Unternehmerbedarfe kennen • Wirtschaftsförderung beteiligen • An Unternehmerveranstaltungen teilnehmen Round Table, Lions Club, OB Empfang Unternehmer, • Betriebs- und Personalräteempfang

Quelle: Präsentation Stefan Goller-Martin

Zur Förderung der Migrantenökonomie bemüht sich die Abteilung Wirtschaftsförderung darum, den Austausch zwischen migrantischen Unternehmerinnen und Unternehmern und der IHK zu befördern. Hier versteht sich die Verwaltung als Wegbereiterin und Türöffnerin. Es sei wichtig, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang in „Lösungen denke, nicht in Problemen“.

Vielfalt soll in Ravensburg in besonderem Maße auch in der Verwaltung gefördert werden. So ist es erklärtes Ziel, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einzustellen, um den interkulturellen Austausch zu fördern. Als grundlegende Maxime der Ravensburger Integrationsarbeit gilt, dass nicht *ein* erfolgreiches Projekt für eine gelungene Integration sorgen kann, sondern die Kombination unterschiedlicher Maßnahmen und Ansätze erforderlich ist. Die langjährigen Erfahrungen zeigen, wie Integration vor Ort gelingen kann. In Anlehnung an Bundeskanzlerin Merkel hob Oberbürgermeister Dr. Rapp hervor: „Wir können das!“.

Abbildung 4: Integrationsarbeit in Ravensburg

Vielfalt 	Ravensburger kennen keine Schranken 
<ul style="list-style-type: none"> • Charta der Vielfalt • Migrationsgeschichte und Sprachen der MitarbeiterInnen der Verwaltung kennen • Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationsgeschichte • In allen Bereichen Mitwirken und Strategien abstimmen, STEP 2030 als Basis, Fachplanungen aufeinander abstimmen und beziehen • Es gibt nicht das erfolgreiche Projekt, Mut zu vielen Projekten – es gibt erfolgreiche und weniger erfolgreiche. Die Erfolge zählen! 	

Quelle: Präsentation Stefan Goller-Martin

In der anschließenden Diskussion wird betont, dass eine möglichst rasche Kompetenzerfassung der Zuwanderer für die Vermittlung in Beschäftigung wichtig ist. Auch müssten die Prüfung und Anerkennung der vorliegenden Abschlüsse beschleunigt und die Bemühungen mit Nachqualifizierungen flankiert werden. Ganz zentral sei dann die Vermittlung der Geflüchteten in passende Unternehmen. Hier solle die Verwaltung unterstützende Hilfestellungen geben.

Inwieweit hiermit auch innerstädtische Entwicklungen befördert werden können, blieb bei der Diskussion offen. Mit Blick auf das Vielfalt-Projekt wird die Verknüpfung von Arbeitsmarktintegra-

tion und innerstädtischer Entwicklung als wichtig erachtet. Dieses Thema wird in Zukunft im Projekt weiter vertieft werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt war, wie Integration in der Verwaltung als Querschnittsaufgabe verankert werden kann. Manchmal läge die Zuständigkeit allein bei der/dem Integrationsbeauftragten und sei zu wenig mit anderen Ämtern verzahnt. Die Erfahrungen aus Ravensburg zeigten, so Goller-Martin, dass die Rolle des Oberbürgermeisters hierfür ganz zentral sei. Der Wille für den Aufbau sei entscheidend, aber man müsse auch Spaß daran haben. Nur so gelinge Integration vor Ort. Dieter Lehmann aus Schwäbisch Gmünd ergänzte: Für eine erfolgreiche Arbeit benötige man vor Ort „Strukturen, Fakten und Strategien“. Hieran sollten sich die Projektkommunen auch in ihren weiteren Bemühungen orientieren.

5.3 Panel 3: Flüchtlingsarbeit in den Kommunen

Impuls: Michael Göbel, Runder Tisch Willkommen in Wandlitz, Land Brandenburg

Die Gemeinde Wandlitz im Landkreis Barnim liegt nordöstlich von Berlin. Der Landkreis verfügt über Unterbringungskapazitäten für 2.329 Flüchtlinge, die auf Wohnheime, Wohnverbunde und Wohnungen verteilt sind. Im Mai 2016 erhielten etwa 1.800 Flüchtlinge Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die mit 42 Prozent größte Gruppe unter ihnen stammte aus Syrien, gefolgt von Russischer Föderation (13,1 Prozent) und Afghanistan (12,1 Prozent). Insbesondere den Flüchtlingen aus Syrien, deren Zuzugszahlen 2016 im Landkreis Barnim voraussichtlich weiter steigen werden, wird eine hohe Bleibeperspektive in Aussicht gestellt.

Abbildung 5: Flüchtlingsarbeit in der Gemeinde Wandlitz



Quelle: Präsentation Michael Göbel

Als Reaktion auf eine Bürgerversammlung mit stark fremdenfeindlicher Stimmung, in der über die Einrichtung eines Flüchtlingsheims in einem ehemaligen Internat informiert wurde, gründete sich 2012 der Runde Tisch Willkommen. Der Runde Tisch ist ein überparteilicher und konfessionsungebundener Arbeitskreis von freiwilligen Helfern und Unterstützern. Sein Ziel ist es, eine weltoffene und gastfreundliche Kultur des Willkommens zu schaffen, die für Asylbewerber in den verschiedenen Wandlitzer Ortsteilen erlebbar gemacht werden soll.

Hauptaufgabe des Runden Tisches ist neben dem intensiven ehrenamtlichen Deutschunterricht die alltägliche Hilfe beim Umzug in Wohnungen mittels persönlicher Patenschaften, die so viele Alltagskontakte wie möglich (z.B. Fahrradwerkstatt, Dolmetschen, Kinderbetreuung, Begleitung bei Arztbesuchen, Behörden etc.) schaffen sollen.

Hierzu wurden entsprechende Arbeitsgruppen gebildet, die jeweilige Maßnahmen festlegen und durchführen (z.B. AG Sport, AG Musik Café, AG Sitten und Gebräuche). Jeder, der eine Aktivität vorschlägt, muss diese auch selbstverantwortlich anbieten und umsetzen. Der Runde Tisch trifft sich monatlich, in der Regel kommt ein aktiver Helferkreis von 20 bis 50 Personen zusammen. Die Möglichkeit, einen Verein zu gründen, habe man bewusst abgelehnt, da der organisatorische Arbeitsaufwand zu hoch sei und Kapazitäten binde, die für die praktische Arbeit benötigt werden.



Michael Göbel

Der Runde Tisch habe neue Strukturen im Ort geschaffen, die für die aktuelle Flüchtlingsarbeit essentiell sind. Darüber hinaus konnte eine stärkere Kommunikationskultur im Ort verankert werden, die integrativ wirken und positiv auf die Stadtentwicklung ausstrahlen kann. Ein Internet-Café für Flüchtlinge ist in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel für einen neu geschaffenen Kommunikationsraum im Zentrum von Wandlitz. In seinem abschließenden Statement votierte Herr Göbel im Hinblick auf die Bedarfe und Wünsche der Ehrenamtlichen vor Ort für mehr finanzielle und personelle Ressourcen der verantwortlichen kommunalen Stellen („noch immer sind wir Lückenbüsser“), ein stärkeres Engagement sowie Fachwissen bei der Integration in den Arbeitsmarkt sowie für mehr Mitspracherechte bei politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler und Landesebene.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Kommune engagierte Bürgerinnen und Bürger nur bedingt unterstützen kann. Dies gilt gleichermaßen für die Landkreise, die häufig mit der Unterbringung der Flüchtlinge überfordert sind.

Die deutlich gestiegene Bedeutung des Ehrenamtes wurde hervorgehoben und im Folgenden als eine neue Form der Bürgerbeteiligung diskutiert, die stärker mit gängigen Formaten und Methoden der Beteiligung verknüpft werden sollte. Als Beispiel wurde hier die Pflege von Senioren genannt, die zu einem großen Teil von Ehrenamtlichen getragen wird und der mehr Anerkennung gezollt und mehr politische Repräsentanz zugeschrieben werden sollte.

6. Ausblick – Wie geht es weiter

Bis Ende Juli 2016 soll die Haupterhebungsphase in den beteiligten Kommunen (Einzel- und Gruppengespräche) abgeschlossen werden. Die Analysen und Bewertungen werden in einen zweiten Zwischenbericht einfließen, der allen Projektkommunen für ihre weitere Arbeit zur Verfügung stehen wird. Parallel werden gemeinsam mit den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in den Kommunen Überlegungen zu Umsetzungsvorhaben im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes vorangetrieben. In einigen Kommunen zeichnen sich bereits konkrete Ansatzpunkte ab, die innerhalb der Verwaltung weiter vertieft und mit Politik und Stadtgesellschaft abgestimmt werden müssen.



Gudrun Kirchhoff

Um gemeinsam den Stand der Projektarbeit zu reflektieren, sind für September/Oktober 2016 Reflexionsworkshops mit Verwaltung, Politik und ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft in den Kommunen geplant. Die Auswahl der Teilnehmenden obliegt den Kommunen. Es bietet sich an, diejenigen einzuladen, die befragt wurden oder auf andere Weise in das Projekt bereits eingebunden sind. Wichtig wäre die Einbindung des (Ober-)Bürgermeisters, um den Anliegen des Projektes das entsprechende Gewicht zu verleihen. Das Difu wird hierbei die Ergebnisse der Bestandsaufnahme präsentieren und zur Diskussion stellen. Neben der Erörterung der Ergebnisse der Bestandsaufnahme und ihrer Bewertung wird es um das Erarbeiten eines gemeinsamen „Fahrplans“ für die Umsetzung des Projektes gehen. Ziel sind möglichst konkrete Vorhaben, die der Weiterentwicklung der kommunalen integrationspolitischen Ansätze dienen und die innerstädtische Entwicklungsperspektiven mit einschließen.

Mit den Mitgliedern des Projektbeirats ist eine dritte Sitzung am 8. November 2016 vereinbart, die vor allem der Diskussion des Zusammenspiels sozialräumlicher Integrationsprozesse und innerstädtischer Entwicklung und der unterschiedlichen Projektansätze in den Kommunen dienen wird.

Das nächste Netzwerktreffen wird am 1./2. Dezember 2016 in der Stadt Weißenfels stattfinden. Der thematische Fokus wird dabei auf der innerstädtischen Entwicklung und den Möglichkeiten der Einbindung der zugewanderten Bevölkerung in Stadtentwicklungsprozesse liegen. Die Einladungen dazu werden im Oktober verschickt werden.

Für Mai/ Juni 2017 ist ein Workshop zu den Integrations- und Entwicklungspotenzialen der Stadtzentren geplant, der voraussichtlich in den Räumen der Schader-Stiftung in Darmstadt stattfinden wird. Dieser Workshop wendet sich an eine größere Fachöffentlichkeit und soll die Diskussion in einem breiteren fachlichen Rahmen ermöglichen.

Impressionen



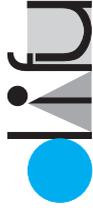
Anhang

Veranstalter

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Zimmerstr. 13–15, 10969 Berlin

Ihre Ansprechpartnerinnen im Difu

- Dr. Bettina Reimann
 - Gudrun Kirchhoff
- Tel. 030/39001-191
reimann@difu.de
- Tel. 030/39001-192
kirchhoff@difu.de



Deutsches Institut für Urbanistik

Praktische Informationen

Veranstaltungsorte

- Stadt Goslar
- Großes Heiliges Kreuz (Plenum), Hoher Weg 7
 - Marienkapelle im Rathaus zu Goslar, Markt 1
 - Dienstgebäude der Stadtverwaltung, Charley-Jakob-Straße 3

Anreise mit der Bahn

Der Bahnhof von Goslar liegt direkt am Rande der historischen Altstadt in unmittelbarer Nähe der Fußgängerzone, die Hotels und Veranstaltungsorte lassen sich nach kurzen Fußwegen erreichen.

Anmeldungen

Bitte per Fax oder E-Mail bis zum 23. Mai 2016 mit dem beigefügten Anmeldeformular an:

Steffi Greiner (Difu)
greiner@difu.de, Fax 030/39001-269

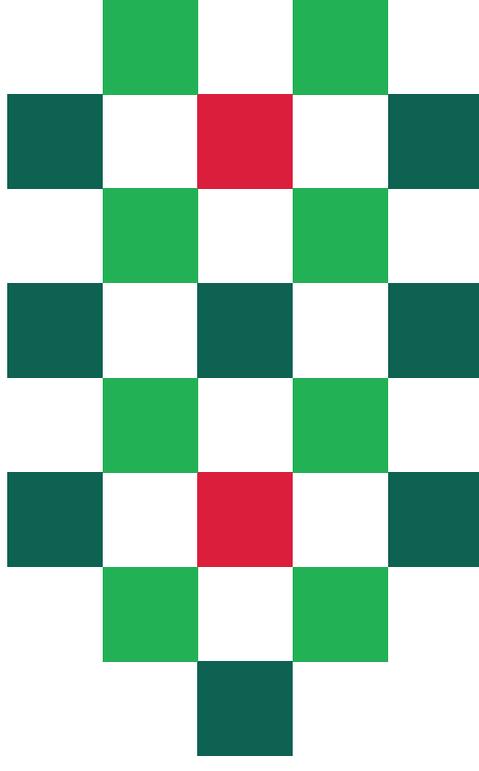
Übernachtung und Abendessen

Hotelzimmer sind für Sie reserviert. Bitte geben Sie bei der Anmeldung an, ob Sie eine Übernachtung benötigen und ob Sie am gemeinsamen Abendessen teilnehmen werden. Mit der Anmeldebestätigung erhalten Sie die Adresse des Hotels und weitere Informationen. Die Reise- und Übernachtungskosten können für bis zu drei Personen aus jeder Kommune übernommen werden.

Forschungs-Praxis-Projekt:

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten

Sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe



Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Einladung zum 1. Netzwerktreffen
am 7./8. Juni 2016 in Goslar

Wir möchten Sie ganz herzlich zum 1. Netzwerktreffen im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes

»Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe« am 7./8. Juni 2016 in Goslar einladen.

Das dreijährige Forschungs-Praxis-Projekt wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) bearbeitet. Kooperationspartner sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Das Projekt wird finanziell unterstützt durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, durch Projektfördermittel des BAMF und durch das Förderprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

Im Rahmen des Netzwerktreffens wird es um einen Austausch der ersten Projekterfahrungen, die Resonanz und die Verankerung des Projektes in den Kommunen und die inhaltliche Vertiefung ausgewählter Themen und Fragestellungen gehen. Nach einer Einführung des Difu zum Stand der Forschungsarbeiten und ersten Erkenntnissen aus der Projektarbeit vor Ort werden am ersten Veranstaltungstag drei parallele Arbeitsgruppen folgende Themen behandeln: die Datenlage zu den unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen, der Aufbau von Strukturen der Integrationsarbeit und die strategische Ausrichtung in Form von Konzepten. Am zweiten Veranstaltungstag sind drei thematische Panels vorgesehen, in denen Referenten beispielhafte kommunale Projekte zur Diskussion stellen.

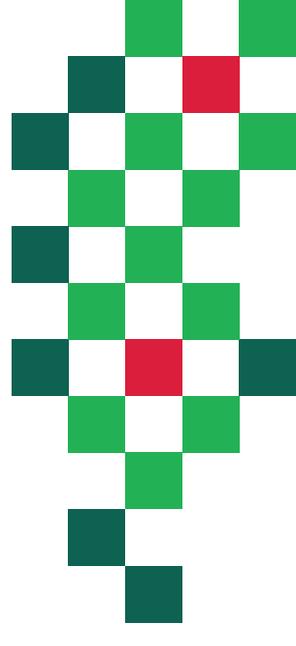
Programm am 7. Juni 2016

Gesamtmoderation: Ricarda Pätzold, Difu

13.00 Uhr	Ankunft
13.30 Uhr	Begrüßung ■ Einführung: Ricarda Pätzold, Difu ■ Impuls: Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk, Stadt Goslar
14.15 Uhr	Erste Ergebnisse aus den Vor-Ort-Erhebungen – Situation, Gemeinsamkeiten, Bedarfe, Ideen zur Konkretisierung des Projektes in den Kommunen ■ Dr. Bettina Reimann, Difu
14.45 Uhr	Diskussion Plenum
15.30 Uhr	Kaffeepause
16.00 Uhr	Erfahrungsaustausch in Gruppen Gruppe 1: Wie Wissen über die Zuwanderergruppen erlangen? Daten- und Informationsgrundlagen ■ Moderation: Dr. Bettina Reimann, Difu Gruppe 2: Strukturen – Koordination der Integrationsarbeit, Zusammenarbeit Stadt – Landkreis ■ Moderation: Gudrun Kirchhoff, Difu Gruppe 3: Kommunale Handlungskonzepte – Verfahren, Inhalte, Akteure ■ Moderation: Wolf-Christian Strauss, Difu
17.30 Uhr	Pause
18.30 Uhr	Spaziergang durch die Altstadt von Goslar
19.30 Uhr	Gemeinsames Abendessen im historischen Wirtshaus „Die Butterhanne“

Programm am 8. Juni 2016

9.00 Uhr	Begrüßung und Reflexion des ersten Tages ■ Ricarda Pätzold (Difu)
9.30 Uhr	Impulse und Diskussionen Panel 1: Kommunikations- und Begegnungsorte ■ Impuls: Dieter Lehmann, Leiter des Amtes für Familie und Soziales, Stadt Schwäbisch Gmünd
11.00 Uhr	Kaffeepause
11.30 Uhr	Impulse und Diskussionen Panel 2: Bildung, Ausbildung, Beschäftigung ■ Impuls: Stefan Goller-Martin, Leiter des Amtes für Soziales und Familie, Stadt Ravensburg
12.30 Uhr	Wie geht es weiter im Forschungs-Praxis-Projekt? ■ Gudrun Kirchhoff, Difu
12.45 Uhr	Ausklang und Imbiss
13.30 Uhr	Ende der Veranstaltung



1. Netzwerktreffen im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes

»Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe«
am 7./8. Juni 2016 in Goslar



Teilnehmerinnen- und Teilnehmer

„1. Netzwerktreffen“ vom 07. bis 08.06.2016 in Goslar

Mwa Michael Allimadi

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, Geschäftsführer

Sylvia Anders

Stadt Goslar, FD Stadtplanung

Silke Andresen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Johanna Bächle

Stadt Mühlacker, Amt für Bildung und Kultur, Leiterin

Henning Boeth

Difu

Helmut Borrmann

Stadt Goslar, FD Stadtplanung, Leiter

Günter Dötschel

Stadt Germersheim, Allgemeine Bauabteilung

Michael Göbel

Runder Tisch Willkommen in Wandlitz

Stefan Goller-Martin

Stadt Ravensburg, Amt für Soziales und Familie, Amtsleiter

Steffi Greiner

Difu

Günter Gromotka

Stadt Steinfurt, Integrationsbeauftragter

Katja Henze

Stadt Weißenfels, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Ralph Höhne

Stadtverwaltung Zittau, Bauamt, Amtsleiter

Sabine Jackisch

TU Ilmenau

Dr. Oliver Junk

Stadt Goslar, Oberbürgermeister

Birgit Kaiser

Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Geschäftsführerin

Prof. Karl-Dieter Keim

ehemals Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS

Stephan Kelbert

Stadt Michelstadt, Bürgermeister

Gudrun Kirchhoff

Difu

Ortrud Krickau
Stadt Goslar

Kenan Küçük
Multikulturelles Forum e.V

Dieter Lehmann
Stadt Schwäbisch Gmünd, Amt für Familien und Soziales, Amtsleiter

Michael Leinenbach
Stadt Saarlouis, Sozialplanung

Maria Lindemann
Stadt Steinfurt, Erste Beigeordnete

Gloria Mann
Stadt Weißenfels, Projektcoach BIWAQ

Prof. Henning Nuissl
Humboldt-Universität zu Berlin, Geographisches Institut

Dr. Ricarda Pätzold
Difu

Sebastian Poppner
Stadt Ilmenau, Beauftragter für Wirtschaftsförderung

Serge Eberhard Pütter
Stadt Germersheim, Beauftragter für Integration, Kinder und Jugend

Nadine Rath
Stadt Steinfurt, Gleichstellungsbeauftragte

Natalie Rauch
Stadt Michelstadt, Gleichstellungsbeauftragte

Dr. Bettina Reimann
Difu

Wiebke Schindel
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Tatjana Schmied
Stadt Michelstadt, Jugend- und Integrationsbeauftragte

Wolf-Christian Strauss
Difu

Kay Tischer
Stadt Ilmenau, Bürgermeister

Leila Walliser
Stadt Mühlacker, Integrationsbeauftragte

Christian Woithe
Stadt Saarlouis, wissenschaftlicher Mitarbeiter